

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 8 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 1.10.2014

Große Unterschiede

S. 5

Bis zuletzt umstritten: das Hochschulzukunftsgesetz. Nach heftiger Debatte hat der Landtag nun den rot-grünen Entwurf verabschiedet. Ein Masterplan für 37 Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Wachsende Not

S. 6

Menschen sind in Not, NRW hilft. Soweit die Einigkeit zwischen den Fraktionen. Bei der Debatte über eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes gab es dennoch unterschiedliche Sichtweisen.

Höhere Ausgaben

S. 7-11

Rund 64 Milliarden Euro will die Landesregierung im kommenden Jahr ausgeben, fürs laufende Jahr ist ein Nachtragshaushalt erforderlich. Anlass für eine Grundsatzdebatte über Einnahmen und Ausgaben.

Niedrigere Preise

S. 15

Blumen, Gräser, Bäume: Natur und Natürliches stehen hoch im Kurs. Den entsprechenden Fachbetrieben geht es dabei wirtschaftlich nicht so rosig, war der Tenor eines Gesprächs im Umweltausschuss.

Mit spitzem Bleistift Rechenaufgabe Haushalt 2015



Das liebe Geld ...

... ist Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe von „Landtag Intern“. Der Anlass liegt auf der Hand: Die Beratungen über den NRW-Haushalt 2015 sind in vollem Gange, obendrein muss ein Nachtragshaushalt fürs laufende Jahr inklusive höherer Neuverschuldung verabschiedet werden – dies vor allem, weil der Verfassungsgerichtshof die ursprünglich vorgesehene gestaffelte Anhebung der Beamtgehälter in ihrer konkreten Ausgestaltung für nicht rechters erklärt hat. Den Richtern ging die Schere zu weit auseinander, da für höhere Beamte Nullrunden geplant waren. Ja, und dann war da noch „Ela“. Der Orkan hatte an Pfingsten eine Schneise der Verwüstung durch große Teile Nordrhein-Westfalens gezogen. Die Spuren sind zum Teil heute noch zu sehen, einige Waldgebiete weiterhin gesperrt. Aber das Land lässt die Kommunen nicht im Regen stehen und hilft beim Aufräumen. Das kostet.

KONKRETE MASSNAHMEN

Viel Gesprächsstoff also. Dass im Plenum und in den Ausschüssen derzeit häufig Zahlen im Mittelpunkt stehen, sollte dabei niemanden abschrecken. Hinter den Zahlen verbergen sich konkrete Maßnahmen und Hilfen. Zum Beispiel für die Städte und Gemeinden – und damit natürlich

auch für die Menschen, die dort leben. Für sie sind die gegenwärtigen Beratungen höchst spannend und die Beschlüsse möglicherweise zukunftsweisend. Allein schon das Gemeindefinanzierungsgesetz, kurz GFG: Es regelt, wieviel Geld die Kommunen aus dem Steuerverbund, an frei verfügbaren Schlüsselzuweisungen sowie an Pauschalen für Schule, Bildung und Sport erhalten.

Die Kommunen brauchen das Geld für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Die Zuweisungen des Landes sind deshalb wichtige Posten kommunaler Etats und entscheiden mit darüber, was sich eine Kommune leisten kann und was nicht. Deshalb dürften auch die nordrhein-westfälischen Kreis-, Stadt- und Gemeindegremien in diesen Tagen interessiert nach Düsseldorf blicken.

Allen wird es der Landtag, der den Haushalt letztendlich beschließt, nicht recht machen können. Schließlich muss Nordrhein-Westfalen selbst sparen, will es die ab 2020 geltende Schuldenbremse einhalten. Nur wie? Die Diskussion über den richtigen Weg zur Haushaltskonsolidierung ist längst nicht beendet, im Gegenteil, sie könnte sich verschärfen. Strikte Kürzungen oder Investitionen in Bildung und Infrastruktur, um davon vielleicht nicht kurz-, sondern mittel- oder langfristig zu profitieren? Auch darum geht es.

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe lesen Sie die Antworten der im Landtag vertretenen Fraktionen. zab



Schwerpunkt: Haushalt 2015

Konsolidierung oder Kollaps? 7-9

Schlag auf Schlag 10-11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Verkehr: NRW-Landtag einig gegen	
Dobrindts Maut	3
Inneres I: Islamischen Extremismus bekämpfen ...	4
Bildung: Hochschulzukunftsgesetz -	
bis zuletzt umstritten	5
Inneres II: Hilfe für Flüchtlinge	6

Aus den Ausschüssen

Schule: „Schulen sind keine Elfenbeintürme“ ...	13
Meldungen	14
Umwelt: High-Tech-Filter Bäume	15
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Jugend-Landtag: Speed-Dating, Sport und viel Politik ...	18
Portrait: Rainer Bovermann (SPD)	19
Impressum	19
Termine	20



NRW-Landtag einig gegen Dobrindts Maut

Rot-Grün beschließt eigenen Antrag zur Lkw-Maut

11. September 2014 – Einig waren sich die Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag in der Ablehnung der Maut-Pläne von Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU). Diese führten möglicherweise zu politischen und wirtschaftlichen Schäden für die internationale Drehscheibe Nordrhein-Westfalen. Einem entsprechenden Antrag von CDU und FDP ([Drs. 16/6631](#)) stimmten

SPD und GRÜNE dann aber doch nicht zu, da er aus ihrer Sicht keine Lösung für die notwendige Finanzierung der Infrastruktur beinhaltete. Vielmehr nahmen sie am Ende einen eigenen Antrag an, der unter anderem eine Erhöhung der Lkw-Maut einfordert ([Drs. 16/6670](#)). Der Antrag der PIRATEN ([Drs. 16/6754](#)) fand keine Mehrheit.



Foto: Schälte

„Wir sind hier im Westen zusammengewachsen“, betonte [Armin Laschet](#) (CDU). Die Idee Europas, konkreter noch des Schengen-Vertrags, sei es, dass die Grenzregionen zusammenwachsen. Das sei in Nordrhein-Westfalen gut gelungen. Aber dies werde durch das vorliegende Konzept des Bundesverkehrsministers gefährdet. Gespräche mit den Industrie- und Handelskammern, der Tourismusbranche und dem Einzelhandel hätten gezeigt, dass eine Maut auch auf Stadt- und Kreisstraßen für NRW wirtschaftliche Nachteile bedeuten könne. Umso befremdlicher fand Laschet das „dröhnende Schweigen“ der SPD in NRW. Notwendig sei ein gemeinsames Signal des Landtags an Berlin.

Als „Sommertheater“ wertete [Christian Lindner](#) (FDP) die Diskussion über die „Trophäe der CSU“. Angesichts jahrelanger eigener Versäumnisse dürfe man nicht die ausländischen Gäste für den Zustand der Infrastruktur verantwortlich machen. Außerdem liefere die Dobrindt-Maut nur rund 200 Millionen Euro pro Jahr; notwendig seien 15 Jahre lang über 7 Milliarden Euro. Ebenso wie sein Vorredner betonte Lindner, NRW sei ein weltoffenes Land. Dies dürfe nicht aufgrund einer „fixen Idee“ der CSU eingeschränkt werden. Allerdings wandte sich Lindner auch gegen eine Maut auf Autobahnen sowie gegen die Ausweitung der bestehenden Maut auch auf kleinere Lkw.

SPD, GRÜNE, CDU und FDP lehnten gemeinsam die Pkw-Maut ab, betonte auch [Jochen Ott](#) (SPD). Notwendig sei allerdings ein Gesamtkonzept zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Als internationale Drehscheibe treffe Nordrhein-Westfalen die bestehende Unterfinanzierung dieses Bereichs besonders, verwies er als Beispiel auf die zum Teil maroden Autobahnbrücken über den Rhein. Leider reichten die im Berliner Koalitionsvertrag vorgesehenen Mittel nicht aus. Mit Blick auf diese Finanzierungslücke forderte Ott eine Ausweitung der Lkw-Maut. Abzulehnen seien hingegen sozial unausgewogene Überlegungen der privaten Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur.

Richtig sei, dass man gemeinsam die Dobrindt-Pläne ablehne, wandte sich [Arndt Klocke](#) (GRÜNE) an CDU und FDP. Diese blieben aber in ihrem entsprechenden Antrag die Antwort darauf schuldig, wie man der Unterfinanzierung im Verkehrsbereich entgegenwirken könne. Ein Zerfall der Verkehrsinfrastruktur bedeute eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort. Deshalb forderte der GRÜNEN-Sprecher mehr öffentliches Geld für diesen Bereich. Es sei notwendig, die erforderlichen Mittel zum Beispiel über eine Ausweitung der Lkw-Maut aufzubringen. Er wünsche sich ein stärkeres Engagement der NRW-SPD gegen Privatanbieter von Verkehrsinfrastruktur (ÖPP), so Klocke.

INFRASTRUKTUR ERHALTEN

Der Verkehrsetat des Bundes sei auf Jahre hinweg unzureichend, kritisierte [Oliver Bayer](#) (PIRATEN). Ein „CSU-Wahlkampfag“ gefährde die Infrastruktur, wandte sich auch Bayer gegen die Dobrindt-Maut. Dies sei eine bundesweite „City-Maut“ ohne Lenkungswirkung, ohne Einnahmen und damit ohne Sinn und Verstand. Der PIRATEN-Sprecher verwies auf mögliche Probleme im Zusammenleben mit den Nachbarstaaten Nordrhein-Westfalens. Auch die Einbeziehung privater Investoren mit deren Renditeerwartungen löse nicht die Infrastrukturprobleme; zudem sei sie unwirtschaftlich. Daher sprach sich Bayer für eine „Verkehrswende“ und eine höhere Kraftstoffabgabe aus.

Positiv sei, dass unter Dobrindt zwei Drittel der Bundesmittel in den Erhalt der Verkehrswege gingen, meinte [Verkehrsminister Michael Groschek](#) (SPD). Er forderte, die staatlichen Mittel auszuweiten sowie die Lkw-Maut zu „verbreitern und zu vertiefen“. Die vorgeschlagene Dobrindt-Maut öffne die Tür für eine allgemeine Maut. Diese solle zwar für die Deutschen zunächst kostenlos bleiben, die entsprechende Zusage werde aber keine Legislaturperiode überdauern. Daher gehe es um die Frage, ob Infrastruktur auch in Zukunft in staatlicher Verantwortung liege oder aber privat finanziert werden solle. Notwendig sei ein nationaler Infrastrukturgipfel. *cw*



PLENUM



Dr. Joachim Stamp (FDP, l.) und Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Islamischen Extremismus bekämpfen

Landtag erörtert unterschiedliche Ansätze der Bekämpfung

12. September 2014 – Das Auftreten der selbsternannten „Scharia-Polizei“ in Wuppertal nahm der Landtag NRW zum Anlass, Ansätze und Möglichkeiten der Bekämpfung des gewaltbereiten Islamismus zu erörtern. Grundlage der Aktuellen Stunde waren dabei Anträge der FDP (Drs. 16/6728), der CDU (Drs. 16/6729) sowie von SPD und GRÜNEN (Drs. 16/6730). Während die ersten beiden vor allem unter sicherheitspolitischen Aspekten ein Versagen der Landesregierung anprangerten, betonten SPD und GRÜNE die Notwendigkeit einer Doppelstrategie von Bekämpfung und Vorbeugung. Diese Debatte liefere den Islamisten nur unnötige Aufmerksamkeit, kritisierten die PIRATEN. Alle Fraktionen hoben jedoch lobend hervor, dass sich auch die muslimischen Gemeinden dem Missbrauch der Religion durch die Extremisten entgegenstellten.

„Sie tun zu wenig“, kritisierte [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP). Gemeint war die Landesregierung, allen voran Innenminister Jäger. Der Kampf gegen den gewaltbereiten Islamismus habe bei ihm keine Priorität; das propagierte Präventionsprogramm sei eine Chimäre mit drei Büros in Düsseldorf, Bochum und Bonn. Hinzu kämen Lücken bei den Sicherheitsbehörden, zum Beispiel hinsichtlich der Verhinderung der Ausreise von ideologisierten Jugendlichen nach Syrien und in den Irak. Die Abwehr von Terroristen müsse Vorrang haben vor Verkehrserziehung. Stamp forderte daher vor allem vom Innenminister eine Änderung der Prioritäten.

Die radikalen Islamisten ließen sich vom Innenminister nicht einschüchtern, sondern betrachteten NRW anscheinend als „Wohlfühlzone“, pflichtete [Theo Kruse](#) (CDU) seinem Vordränger bei. Die Landesregierung werde ihrer

Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung nicht gerecht; der Tiefpunkt sei der Auftritt der sogenannten Scharia-Polizei in Wuppertal. NRW sei „Spitzenreiter beim Im- und Export von Gotteskriegeren“. In dieser Situation würden Polizistinnen und Polizisten für Blitzmarathons statt zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, attackierte Kruse den Innenminister.

Er habe sich von dieser Debatte einen Schulterschluss aller Demokraten gegen den gewaltbereiten Islamismus erhofft, erklärte [Hans-Willi Körfges](#) (SPD). Die eingetretene Situation entziehe sich seiner Ansicht nach den üblichen parlamentarischen Ritualen. Richtig sei, dass die Bundesregierung die ISIS verbiete. Das gebe auch den Behörden in NRW mehr Möglichkeiten, gegen Hassprediger vorzugehen. Man müsse alle Optionen ausschöpfen, um gegen

Gewaltverherrlichung und Menschenverachtung vorzugehen. Ebenso müsse man aber auch in einem breiten Bündnis der Zivilgesellschaft vorbeugend handeln.

Nordrhein-Westfalen sei führend in der Doppelstrategie von Repression und Prävention, erläuterte [Verena Schäffer](#) (GRÜNE). So sei es richtig, fanatisierten Jugendlichen die Ausreise in die Kriegsgebiete der ISIS zu untersagen. Dies dürfe aber nicht automatisch zu einer Einschränkung der Bürgerrechte führen. Vielmehr sei es notwendig, junge Musliminnen und Muslime vor Fanatisierung zu bewahren. Das bedeute, sie vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu schützen sowie ihnen Perspektiven zu geben. Es gehe darum, gerade die jungen Menschen für die freiheitliche Gesellschaft zu gewinnen, forderte Schäffer.

VORBEUGUNG

Diese Debatte nutze niemandem außer den islamischen Extremisten, kritisierte [Dirk Schatz](#) (PIRATEN) die vorliegenden Anträge. Wenn man die Diskussion über einen einzelnen Vorfall wie das Auftreten der „Scharia-Polizei“ in Wuppertal auf die Ebene einer parlamentarischen Auseinandersetzung hebe, gebe man den Urhebern noch das letzte i-Tüpfelchen zur gewollten Aufmerksamkeit. Insofern stelle die laufende Aktuelle Stunde einen kostenlosen Werbeblock für die Extremisten dar. Vernünftigen Menschen sei klar, dass 99 Prozent der muslimischen Bürgerinnen und Bürger friedlich in der hiesigen Gesellschaft lebten.

Islamistischer Extremismus habe nichts mit Religion zu tun, stellte [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) fest. Von daher sei es richtig, mit allen rechtlich möglichen Mitteln gegen Gruppen wie die „Scharia-Polizei“ vorzugehen. Man dürfe aber nicht Freiheit, Demokratie und Grundrecht einschränken. Genau dies werde ja von den Salafisten gewollt. Jäger lobte die enge Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte von Bund und Land sowie das aktuell verhängte Betätigungsverbot der ISIS in Deutschland. Er verteidigte aber auch den vorbeugenden Ansatz, Menschen vor dieser Szene zu schützen bzw. sie dort herauszuholen. CW

Fotos: Schälte



Theo Kruse (CDU)



Hans-Willi Körfges (SPD)



Verena Schäffer (GRÜNE)



Dirk Schatz (PIRATEN)

Hochschulzukunftsgesetz – bis zuletzt umstritten

Landtag verabschiedet nach heftiger Debatte rot-grünen Entwurf

11. September 2014 – Das Ende der Freiheit von Forschung und Lehre an den NRW-Hochschulen oder das fortschrittlichste Hochschulgesetz aller Bundesländer, das für 37 Einrichtungen mit fast 700.000 Studierenden den Weg in die Zukunft weist – zwischen beiden Polen drehte sich die Plenardebatte bei der Verabschiedung des von der Landesregierung vorgelegten Entwurfs eines Hochschulzukunftsgesetzes.

[Karl Schultheis](#) (SPD) nannte als Stichworte für die geplanten Veränderungen die Stärkung der öffentlichen Verantwortung der Hochschulen, erfolgreiches Studium, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, Gleichstellung von Frauen und Männern, Transparenz der Entscheidungen und geregelter Zusammenwirken der einzelnen Hochschulen und -typen. So würden im Dialog mit den Beschäftigten und mit parlamentarischer Beteiligung künftig die Rahmenvorgaben des Landeshochschulentwicklungsplans erarbeitet. Mit dem Gesetzentwurf behebe die Landesregierung eine Reihe von „Webfehlern“, die das Hochschulfreiheitsgesetz der früheren schwarz-gelben Koalition enthalten habe.

Gerade diese Absicht kritisierte [Dr. Stefan Berger](#) (CDU). Es gebe doch keine sachlichen Gründe für die Abschaffung des erfolgreichen Gesetzes, fand er, denn die dort verankerten Autonomierechte hätten den Erfolg der NRW-Hochschulen beflügelt. Jetzt betreibe die SPD-Wissenschaftsministerin – im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen und Vorgängern – die „Degeneration“. Der Entwurf der Landesregierung sei „diktatorisch“, er entmündige die Hochschulen, würge deren Eigeninitiative ab und unterwerfe sie den politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen von Rot-Grün. Mit den Rahmenvorgaben werde die Hochschulfreiheit abgeschafft – „alles ohne parlamentarische Kontrolle“, so Berger.

Man habe sich mit der Kritik aus den Hochschulen intensiv auseinandergesetzt und im Dialog mit den Beteiligten tragfähige Lösungen erarbeitet, betonte [Dr. Ruth Seidl](#) (GRÜNE). Doch darauf habe sich der CDU-Redner nicht eingelassen. „Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung in Bezug auf eine gute Lehre, auf nachhaltige Forschung, auf Gleichstellung und auf faire Arbeitsverhältnisse hat doch mit der Einschränkung von Autonomie oder gar der Wissenschaftsfreiheit nicht im Geringsten etwas zu tun“, so Seidl. Der Autonomiegrad der Hochschulen in NRW gehe in der Bundesrepublik am weitesten, aber für eine so große Hochschullandschaft sei ein Masterplan unumgänglich.

Seit vier Jahren werde die Abschaffung der Hochschulfreiheit propa-

giert, hielt [Angela Freimuth](#) (FDP) der rot-grünen Koalition vor. Wenn das Gesetz so beschlossen werde, dann sei das die Beerdigung der Freiheit der NRW-Hochschulen. Die einhellige Kritik aus den Hochschulen werde nicht zur Kenntnis genommen. Auch wenn die Möglichkeit der Detailsteuerung als ausgeräumt erklärt werde, so sei angesichts des „Regulierungswahns“ des Ministeriums immer noch eine massive Steuerung möglich. Rot-Grün wolle die Hochschulen zu Schulen der Demokratie machen, aber wie so würden dann dort demokratisch getroffene Entscheidungen durch „Gängelung“ unterlaufen, fragte die FDP-Sprecherin.

[Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN) wandte sich gegen das Prinzip „Privat vor Staat“ in der Hochschulpolitik. Dieses Prinzip der Industriegesellschaft funktioniere in der Informationsgesellschaft aber nicht. Da sei die Landesregierung vor der „Deregulationslobby“ eingeknickt, vermutete er und nannte das Gesetz weder innovativ noch zukunftsweisend. Es handele sich eher um eine rot-grüne Abrechnung mit der Politik von Schwarz-Gelb. Kritik übte er an der Rolle der Hochschulräte, die unter anderem die Rektorate kontrollierten; dabei seien sie zur Hälfte mit Externen besetzt. Ihre Rolle werde vom Gesetz festgeschrieben, das sei ein Schlag ins Gesicht der Professoren, fand Paul.

[Wissenschaftsministerin Svenja Schulze](#) (SPD) hielt der CDU vor, bei ihr gehe es eher um „Empörungsrituale“ denn um Sacharbeit. Kein Wunder also, dass die Union bedeutende wissenschaftspolitische Entwicklungen verschlafen habe. So habe man nicht mitbekommen, wie die Themen Gute Arbeit, Studienerfolg, Diversity, Gleichstellung oder Transparenz sich zu echten wissenschaftspolitischen Megathemen entwickelt hätten. „Sie stehen mit Ihrer Gleichgültigkeit gegenüber hohen Abbrecherquoten, schlechten Arbeitsbedingungen und den Herausforderungen einer vielfältigen Studierendenschaft an den Hochschulen mittlerweile ziemlich allein da“, konstatierte die Ministerin die Kritik der CDU.

Jürgen Knepper

Annahme

Der Entwurf des Hochschulzukunftsgesetzes ([Drs. 16/5410](#)) wurde ebenso wie ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/6751](#)) mit Regierungsmehrheit angenommen. Entschließungsanträge der FDP ([Drs. 16/6748](#)) sowie der CDU ([Drs. 16/6761](#)) fanden keine Mehrheit.

Foto: Schälte



Hilfe für Flüchtlinge

Einig in der Sache, uneinig in der Ausgestaltung

11. September 2014 – Sowohl der Entwurf der Landesregierung zur Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes als auch ein Antrag von SPD und GRÜNEN auf ein Bundesprogramm für Flüchtlinge aus dem Irak waren Thema im Plenum. Einigkeit herrschte in der Verpflichtung, Menschen in Not zu unterstützen – Unterschiede zwischen den Fraktionen gab es im Hinblick auf Finanzierung und Unterbringung.

Die Erstaufnahme und längerfristige Unterbringung Asylsuchender sei eine große Aufgabe für die Kommunen, so [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD). Hätten 2012 noch 15.000 Menschen in NRW um Asyl gebeten, erwarte man in diesem Jahr mehr als 37.000 Menschen. Erstes Ziel sei die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, damit Schutzsuchende in das Sozialgesetzbuch einbezogen werden könnten. Wann dieses Ziel erreicht werde, sei allerdings ungewiss. Mit der Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes wolle das Land jedoch schon jetzt im Rahmen des Möglichen die nötige Entlastung für die Kommunen schaffen.

Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN seien sich bewusst, dass bereits jetzt viele Städte und Kommunen durch steigende Flüchtlingszahlen vor großen Herausforderungen stünden, betonte auch [Ibrahim Yetim](#) (SPD). Gleichwohl erfordere die besondere Situation im Irak die Aufnahme weiterer Flüchtlinge. Ziel sollte es sein, ein Bundesprogramm aufzubauen, bei dem keine finanziellen Belastungen für das Land entstünden. Im Gegenteil werde die pauschalierte Landeszuweisung für das Jahr 2015 wohl auf 32 Millionen Euro ansteigen. Die Herausforderung der Unterbringung bleibe jedoch und könne nur gemeinsam bewältigt werden.

Es sei wichtig, schon jetzt die Voraussetzungen für ein Aufnahmeprogramm irakischer

Flüchtlinge zu schaffen und den Menschen in Not ein Angebot zu machen, mahnte [Monika Düker](#) (GRÜNE). Mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz gehe man nun zwei Dinge zur Entlastung der Kommunen an: die Bereitstellung von weiteren 32 Millionen Euro wegen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Anrechnung unbegleiteter Flüchtlinge unter 16 Jahren auf die Quote aufzunehmender erwachsener Flüchtlinge. Deren Versorgung stelle die Kommunen vor besondere Herausforderungen.

Dem Grunde nach teile die CDU-Fraktion das Anliegen des Antrags von SPD und GRÜNEN, so [Theo Kruse](#) (CDU). Der Flüchtlingsstrom Richtung Europa gehöre mit zu den größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Ob ein Bundesprogramm angesichts erheblicher bürokratischer Hürden bei der Aufnahme syrischer und irakischer Flüchtlinge derzeit sinnvoll sei, könne jedoch zumindest bezweifelt werden. Der Antrag lasse die Frage offen, wie die Aufnahme von Flüchtlingen finanziert werden sollte. Würden die Kommunen entlastet, müsse zumindest die Frage beantwortet werden, wer dann belastet werde.

Zunächst sei es richtig, zukünftig unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bei der Berechnung der Flüchtlingszuweisung an die Kommunen zu berücksichtigen, auch wenn sie keinen Asyl-

antrag gestellt haben, so [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP). Ebenso sei es richtig, dass die Kommunen künftig insgesamt mehr Mittel erhielten. Die von der Landesregierung geforderten Mittel jedoch seien dafür nicht ausreichend, kritisierte Stamp. Auch SPD und GRÜNE machten es sich mit ihrer Forderung nach einem Bundesprogramm zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge zu leicht, wenn dies ohne Beteiligung des Landes erfolgen solle.

Bereits 2013 habe die Landesregierung Reformen in der Flüchtlingspolitik versprochen, konstatierte [Frank Herrmann](#) (PIRATEN). Das vorliegende Flüchtlingsgesetz sei allerdings lediglich eine Anpassung der Landeszuweisung an höhere Flüchtlingszahlen. Von der dringend notwendigen Neukonzeption zur dezentralen und humanen Unterbringung von Flüchtlingen finde sich im Gesetz nichts. Stattdessen laufe das Aufnahmesystem des Landes seit zwei Jahren im Notbetrieb. Der Antrag auf ein Bundesaufnahmeprogramm für irakische Flüchtlinge sei sinnvoll, ebenso die von der FDP beantragte Erweiterung um ein Landesprogramm.

Anica Bömke-Ziganki

Abstimmung

Der Gesetzentwurf ([Drs. 16/6689](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) sowie den Kommunalausschuss überwiesen. Der Antrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/6671](#)) wurde mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN angenommen, ein Änderungsantrag der FDP ([Drs. 16/6756](#)) fand keine Mehrheit.

In einem weiteren Antrag wollten die PIRATEN über die Einführung anonymer Krankenkarten die medizinische Versorgung der Flüchtlinge in NRW sicherstellen ([Drs. 16/6675](#)). Dieser wurde ebenso wie ein FDP-Antrag ([Drs. 16/6674](#)) zur Unterbringung von Flüchtlingen an den Innenausschuss überwiesen. Die FDP setzte sich außerdem für eine stärkere Unterstützung der Kommunen ein ([Drs. 16/6679](#)) – ein Thema für den Integrationsausschuss.



Antrittsbesuch im Landtag

Thomas Geisel (Mitte), neuer Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, hat gleich an seinem ersten Arbeitstag den nordrhein-westfälischen Landtag besucht und sich ins Gästebuch eingetragen. Empfangen wurde er von Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie den Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg (2.v.r.), Oliver Keymis (2.v.l.) und Dr. Gerhard Papke (r.). Düsseldorf sei stolz darauf, Gastgeber von Landtag und Landesregierung zu sein, betonte Geisel. Die Abgeordneten wüssten es zu schätzen, dass sein erster Weg in die nordrhein-westfälische Volksvertretung führe, begrüßte die Präsidentin den neuen Oberbürgermeister der Landeshauptstadt. *Foto: Schälte*



Konsolidierung oder Kollaps?

Schlagabtausch über Nachtrag 2014 und Haushalt 2015

10. September 2014 – Rund 64 Milliarden Euro will die Landesregierung im kommenden Jahr ausgeben. Wofür, das erklärte Finanzminister Walter-Borjans bei der Einbringung des Haushalts vor dem Landtag. Gleichzeitig erläuterte er die Anpassung der Beamtenbesoldung und den Nachtragshaushalt für das Jahr 2014, der eine Anhebung der Neuverschuldung beinhaltet. Ideenlos und mit zunehmendem Zentralismus führe die rot-grüne Landesregierung NRW in den Schuldensumpf, kritisierte dagegen Oppositionsführer Armin Laschet (CDU).

Ein solide aufgestellter Haushalt könne diese Herausforderungen bewältigen, meinte [Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) mit Blick auf die Besoldungsanpassung für Beamtinnen und Beamte sowie auf deutlich niedrigere Steuereinnahmen. Dennoch werde Nordrhein-Westfalen den Weg der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. So sehe der Entwurf für das Jahr 2015 strukturelle Einsparungen in Höhe von 710 Millionen Euro vor. Unter anderem wolle die Landesregierung 160 Millionen Euro beim Personal einsparen; dies bedeute einen Abbau von 2.305 Stellen im Jahr 2014 und weiteren 804 im Jahr 2015. Zufrieden zeigte sich der Minister über die Einigung mit den Gewerkschaften hinsichtlich der Beamtenbesoldung. Als Ergebnis werde eine strukturelle Einsparung von 220 Millionen Euro erreicht. Dennoch führe diese Anpassung zusammen mit den Hilfen im

Zusammenhang mit Orkantief Ela zu höheren Ausgaben im Jahr 2014. Grundsätzlich forderte der NRW-Finanzminister eine Überprüfung des Systems der Verteilung der Einnahmen zwischen Bund und Ländern.

„Wir Nordrhein-Westfalen wollen keine Bittsteller sein“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende [Armin Laschet](#). In vielen Statistiken sei NRW das Schlusslicht und das Negativbeispiel. So liege das Wachstum etwa drei Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, und seit dem Jahr 2011 komme die Regierung nicht von einer jährlichen Neuverschuldung von 3 Milliarden Euro herunter. Das Allerschlimmste jedoch sei, dass die Regierung immer weiter Schulden aufnehme und nicht wisse, wie sie da herauskomme, wandte sich der Oppositionsführer an die Regierung. Die von ihr propagierte präventive Finanzpolitik habe weder zu Schuldenabbau noch zu besseren Bildungsergebnissen geführt und somit ihr Ziel verfehlt, begründete Laschet seine Sicht. Die Regierung wolle über Regelungen zum Klimaschutz, zur Tariftreue, im Bereich Hochschule und Energieversorgung die vorhandenen Freiheiten vor Ort durch zentrale Steuerung aus der Regierungszentrale ersetzen. „Lasst die Leute vor Ort wirken! Dann kommt unser Land voran“, stellte Laschet den Ansatz der CDU dagegen. Als „einfallslos“ wertete er die geltende Haushaltssperre. Sie führe zum Beispiel dazu, dass der notwendige Ausbau der Infrastruktur weiter ins Stocken gerate. Gemeinsam müsse man in Berlin Druck machen, um ein neues Design für den Strommarkt zu erreichen. Gleiches gelte beim Maut-Konzept von Bundesverkehrsminister Dobrindt, hinter das sich jetzt auch der SPD-Vorsitzende Gabriel gestellt habe: Hier müsse man sich wehren und gemeinsam die Interessen NRWs vertreten.

Der CDU-Chef habe seine Haushaltsrede „versemmelt“, fand [Norbert Römer](#) (SPD). Er kritisierte, dass der Oppositionsführer nicht müde werde, die Zukunftsregion Nummer 1 in Europa schlecht zu machen und durch Schwarzmalerei zu beschädigen. Römer erinnerte an die Milliardensummen, die das

Land in den Länderfinanzausgleich gezahlt und dadurch auf Mittel verzichtet habe, die es gut beim Strukturwandel an Rhein und Ruhr hätte gebrauchen können. Aber es sei keine Frage gewesen, anderen Bundesländern – nicht nur im Osten – zu helfen. Der Sprecher verknüpfte damit die Forderung, den Finanzausgleich – derzeit sei dieser weder fair noch gerecht – künftig zu reformieren. Die CDU, so der Sprecher weiter, sollte hier an der Seite der Regierung sein. Die SPD des Landes und die Landesregierung seien fest entschlossen „und auf gutem Weg“, bis 2020 die Nettokreditaufnahme auf Null und die Neuverschuldung um ein Drittel zu reduzieren. Römer weiter: „Auch das Personal wird dazu einen Beitrag leisten müssen.“ Aber nicht so wie bei der CDU: Die schlage vor, 3.000 Lehrerstellen einzusparen – ob sie damit den Schulkonsens aufkündigen wolle? Die SPD jedenfalls bleibe beim eingeschlagenen Weg, mit Augenmaß zu sparen und in die Zukunft zu investieren. So würde mehr als ein Drittel des Gesamtetats in diesem Jahr für Forschung und Bildung ausgegeben. Damit fördere man die Entwicklung „zum Land der Industrie 4.0“, zeigte sich Römer überzeugt und rief beim Klimaschutz und bei der Energiewende die CDU zur Mitwirkung auf.

Für die FDP zeichnete Fraktionsvorsitzende [Christian Lindner](#) so das Bild des Landes: beim Bildungsmonitor Platz 15, vorletzter Platz beim Wirtschaftswachstum und die zweithöchste Arbeitslosigkeit. Kein Wunder also, so Lindner, dass die Stimmung im Land schlecht sei. Notwendig, aber nicht zu erkennen, sei die markt-



Fotos: Schälte

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Einzeletats (in Mrd. Euro)

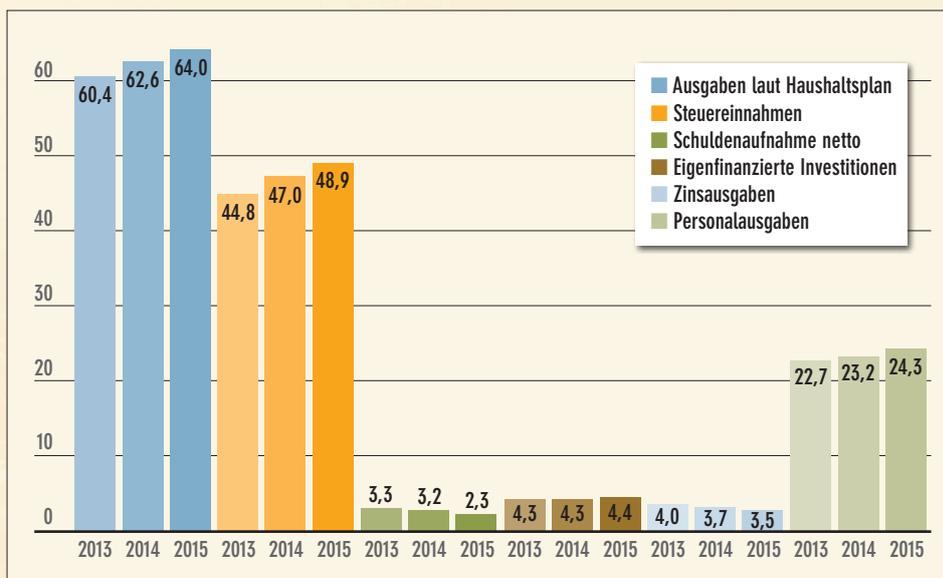
	2015
Landtag	0,123
Ministerpräsidentin	0,119
Inneres und Kommunales	5,134
Justiz	3,842
Schule und Weiterbildung	15,838
Innovation, Wissenschaft und Forschung	7,762
Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	3,011
Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	3,101
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	0,953
Arbeit, Integration und Soziales	3,729
Finanzministerium, -verwaltung	2,084
Landesrechnungshof	0,041
Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	0,763
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	1,027
Allgemeine Finanzen	16,166
Summe	63,693

Alle Tabellen und Grafiken: Quelle Finanzministerium NRW



wirtschaftliche Wende für NRW. Das Land falle immer stärker zurück. Während es dem Bund 2013 gelungen sei, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, gebe es hierzulande keine zusätzliche Konsolidierung. Fazit: Die Finanzpolitik sei gescheitert und unsolid. Keine Nachhaltigkeit, dafür neue Ausgaben durch neue Regelungen und zurückgenommene Gesetze. 2010 habe Rot-Grün das Sparschwein, das Finanzminister Helmut Linssen (CDU) gefüllt habe, geschlachtet und jedem jedes versprochen. Lindner wörtlich: „Das war Hannelore im Glück.“ Jetzt heiße es angesichts des festzustellenden Haushaltskollapses aber „Pechmarie“. Die Schuldenbremse bis 2020 werde NRW nicht einhalten können, sagte der FDP-Sprecher voraus. Damit diese Vorschrift nicht willkürlich und beliebig gehandhabt werden könne, verlangte er wirksame Sanktionsmechanismen bei Nichterfüllung und außerdem Klarheit über die von der Regierung geplanten Konsolidierungsschritte. Lindner kritisierte, es würden falsche Prioritäten gesetzt. So stiegen die Mittel im Bereich Verkehr erheblich geringer als diejenigen im Bereich Umwelt. Für den Radschnellweg im Revier zum Beispiel werde fünfmal mehr ausgegeben als für Straßen.

Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN, ging auf die Forderungen nach mehr Bundesmitteln für NRW ein, setzte sich mit der Oppositionsmeinung zum Stellenabbau und zu Sparmaßnahmen auseinander und stellte eigene



Eckdaten der Haushaltsentwürfe 2013-2015 in Mrd. Euro, 2014 einschließlich geplantem Nachtragshaushalt Stand: 24.9.2014

auf die hohe Einwohnerzahl des Landes. Konkret nannte er die Bereiche Schule, Hochschulen, Polizei, Justiz, Finanzen und den Regierungsapparat. Pauschal sparen zu wollen, habe mit Realität nichts zu tun. Priggen kritisierte zudem, dass die Opposition für ihre Forderungen nach längeren Öffnungszeiten für Kindertagesstätten, 100 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit und mehr Masterstudiengängen keine Gegenfinanzierung vorlege. Priggen nannte mögliche Reformen,

Paul forderte, die Landesregierung müsse investieren, wenn man kein Kind zurücklassen wolle. Konkret seien zum Beispiel die Zuweisungen für das Personal in offenen Ganztagschulen in den vergangenen Jahren nicht gestiegen. „Dadurch wird auf Dauer die Qualität nicht aufrechterhalten werden können“, so Paul. Der Fraktionsvorsitzende warnte vor den Folgen der ab 2020 geltenden Schuldenbremse. Die Finanzierung der Bildung müsse von dieser Re-

Fotos: Schälte



Reformprojekte vor. Mit Blick auf die Mittelverteilung zwischen Bund und Ländern bezeichnete er NRW als „ein im Kern solidarisches Land“. Es gehe nicht darum, mehr zu erhalten, als NRW zustehe. Aber er forderte eine gerechtere Verteilung: Zum Beispiel befänden sich 25,8 Prozent der in Deutschland Studierenden in NRW. Aber nur 15,4 Prozent der Bundesmittel für den Aus- und Umbau der Hochschulen würden nach NRW fließen. In Bezug auf geforderte Sparmaßnahmen beim Landespersonal verwies Priggen

die der Innenminister bei der Struktur von Polizei und Feuerwehr prüfen solle. NRW habe 37 Kreispolizeibehörden, weit mehr als zum Beispiel Bayern oder Hessen. Ohne bei Wachen oder beim Streifendienst zu sparen, könne die Führungsebene ausgedünnt werden. Auch die 52 Leitstellen der Feuerwehr könnten reduziert werden, sagte Priggen.

„Bildung, Bildung, Bildung“ – das ist für **Dr. Joachim Paul**, Fraktionsvorsitzender der PIRATEN, die oberste Priorität im NRW-Haushalt.

gelung ausgenommen werden. Dafür solle sich die Landesregierung im Bundesrat einsetzen. Außerdem müsse das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in diesem Bereich wegfallen. Grundsätzlich sei es notwendig, hier die Ausgaben zu erhöhen. Durch die Nutzung freier Lizenzen könnten andererseits im Bildungsbereich große Summen eingespart werden. Das ermögliche Lernmittelfreiheit und gleichzeitig Investitionen in die Schulen, so der Fraktionsvorsitzende der PIRATEN. Auch bei der Ver-



kehrinfrastruktur des Landes sei Sparen der falsche Weg. NRW benötige 1,5 Milliarden Euro pro Jahr für Straße und Schiene, da sonst die Infrastruktur zerbröckle. „Wir wissen, dass jeden Tag gesellschaftliches Vermögen vernichtet wird, weil nicht genügend Geld zur Verfügung steht, die öffentliche Infrastruktur zu pflegen.“ Ausgaben in diesem Bereich seien gut investiertes Geld, weil damit den Kindern ein funktionierendes Land hinterlassen würde.

„Wir müssen uns nicht verstecken“, betonte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD) die Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens. Diese wolle die Landesregierung durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft erhalten und gleichzeitig das Ziel der Schuldengrenze beachten. Kraft wandte sich dagegen, den Kommunen zwar mehr Aufgaben und Kompetenzen, aber nicht die dafür notwendigen Mittel zuzuweisen. Für einen solchen Ansatz der Vorgängerregierung habe Rot-Grün die Rechnung gezahlt. Ebenso habe deren Politik der Hochschulfreiheit dort das Prinzip der guten Arbeit eben nicht erhöht. Dies wolle man mit dem Hochschulzukunftsgesetz korrigieren. NRW wolle als Energieland Nr. 1 auch das Klimaschutzland Nr. 1 werden, so Kraft. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern habe NRW den Strukturwandel allein finanziert und leiste zudem seinen Anteil für die neuen Bundesländer. Man müsse überlegen, wie man den Finanzausgleich nach dem Prinzip der Bedürftigkeit umgestalten könne.

Gemeindefinanzierung zwischen Lob und Tadel

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales, wies die Kritik von CDU und FDP am Gemeindefinanzierungsgesetz zurück. Beide hätten es in diesem Jahr nicht geschafft, „ihre Kritik am GFG mit Gegenvorschlägen zu unterfüttern“. Jäger weiter: „Wir geben unseren Kommunen Beständigkeit. Wir geben ihnen Planungssicherheit.“ Er sprach von einer „fairen Verteilung“. Dennoch wolle er die Erwartungen nicht zu hoch schrauben. Die Summe beruhe auf Schätzungen: „Genaueres können wir erst im Oktober sagen.“

Ralf Nettelstroth (CDU) nannte die Finanzausgleichsmasse für die notleidenden Kommunen in NRW „viel zu gering bemessen“. Es sei daher erforderlich, sie „nachhaltig anzuheben“. Den Gemeinden im Land gehe es schlecht, für 44,4 Prozent gelte ein Haushaltssicherungskonzept. Der Abwärtstrend setze sich fort. „Rot-Grün hat kein Rezept gegen das kommunale Verschuldungsproblem“, sagte Nettelstroth. Das GFG ermögliche den Kommunen keine Planungssicherheit und werde deren Finanzprobleme weiter vergrößern.

Von „Konzeptlosigkeit“ könne keine Rede sein, entgegnete **Michael Hübner** (SPD). Es gebe „so gut wie keine Städte und Gemeinden, die im Nothaushaltsrecht sind, die keine Investitionen mehr tätigen können“. Man habe keineswegs mit Bilanztricks gearbeitet, sondern Städten und

Gemeinden „realistische Planungsräume“ eingeräumt, um „beispielsweise energetisch sinnvolle Investitionen tätigen zu können“, sagte Hübner. Er sprach von einem großen Gemeindefinanzierungsgesetz, „das die Kommunen erfreut“.

„Den Kommunen in Nordrhein-Westfalen ging es noch nie so schlecht wie jetzt“, sagte **Kai Abruszat** (FDP). Es sei nur ein „billiger, nicht tauglicher bilanzieller Trick“, dass Rot-Grün den Haushaltsausgleich auf eine Dekade ausgedehnt und den Kommunen so Handlungsfreiheit gegeben habe. „Richten Sie also nicht den Blick auf eine Märchenwelt, sondern schauen Sie, wie es den Städten wirklich geht“, so Abruszat. Minister Jäger sei von ausgeglichenen Haushalten in den NRW-Kommunen „meilenweit entfernt“.

„Mit dem GFG, das heute eingebracht wird, haben wir eine Finanzsumme von 9,61 Milliarden Euro zu verteilen“, erklärte **Mario Krüger** (GRÜNE), dies sei die „höchste Summe, die wir jemals hatten“. Es sei eine „Kraftanstrengung sondergleichen für das Land, diese Gelder bereitzustellen“. Das werde von den Gemeinden auch anerkannt. Krüger wies aber auch darauf hin, dass die Schere zwischen strukturstarken und strukturschwachen Gemeinden bei den Gewerbesteuererträgen immer weiter auseinanderklaffe.

Dietmar Schulz (PIRATEN) hielt das Gemeindefinanzierungsgesetz für „ein bisschen halbgar“, vor allem sei es „kraftlos“. Im bundesweiten Vergleich übertrage NRW die meisten Aufgaben an die Kommunen. Mit der Inklusion komme eine weitere Aufgabe hinzu. „Ob das dafür bereitgestellte Geld ausreichen wird, erfahren wir wahrscheinlich erst wieder dann, wenn das Kind sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist“, so Schulz. Geld sei zudem für die „menschenwürdige Unterbringung“ von Flüchtlingen erforderlich.
cw, zab, Jürgen Knepper, Dr. Stephan Malessa



Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Daten und Fakten

Mehrausgaben unter anderem durch die Anhebung der Beamtenbesoldung (**Drs.16/6688**) bzw. das Orkantief „Ela“ sollen für das Jahr 2014 zu einem Anstieg der Ausgaben um rund 0,3 auf 62,6 Milliarden Euro führen, so der vorgelegte Nachtragshaushalt (**Drs.16/6700**). Dies bedeutet einen Anstieg der Nettokreditaufnahme auf den Betrag von 3,2 Milliarden Euro. Für das Jahr 2015 sieht der Haushaltsplan (**Drs.16/6500**) bzw. Ergänzung

Drs.16/6710) Ausgaben von 64 Milliarden Euro vor. Dabei geht der Finanzminister von Steuereinnahmen von 48,9 Milliarden Euro aus. Die Personalausgaben sollen bei 24,3 Milliarden Euro liegen, die Investitionsausgaben bei 5,7 Milliarden Euro. Die Nettoneuverschuldung wird mit 2,25 Milliarden Euro veranschlagt. Für die Gemeinden sind Zuweisungen in Höhe von 9,6 Milliarden Euro vorgesehen (GFG **Drs.16/6502**).

Daten zur Gemeindefinanzierung

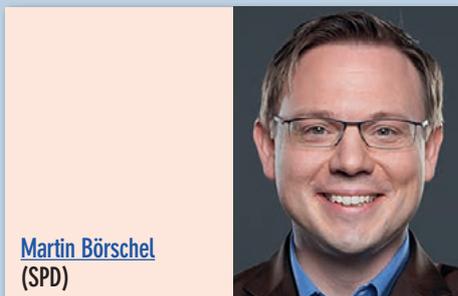
(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	9.612 Mio. (+148 Mio.)
Schlüsselzuweisungen	8.156 Mio. (+125 Mio.)
davon für	
• Gemeinden	6.401 Mio.
• Kreise	955 Mio.
• Landschaftsverbände	800 Mio.
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Mio.
Investitionspauschalen	735 Mio. (+22 Mio.)
Pauschale Bedarfszuweisungen	34 Mio. (+0,5 Mio.)
Sportpauschale	50 Mio.
Verbundsatz	23 Prozent



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Martin Börschel
(SPD)



Marcus Optendrenk
(CDU)

Der Haushalt 2015 bedeutet für die finanzielle Konsolidierung ...

... einen weiteren Schritt Richtung Schuldenbremse 2020. Durch die zusätzlichen Ausgaben für die Beamtenbesoldung kann die Konsolidierung nicht so schnell erfolgen, wie ursprünglich geplant. Die Mehrausgaben werden jedoch rasch kompensiert.

... die Offenbarung der letzten vier verlorenen Jahre in der Haushaltspolitik: ein jährlicher Schuldensockel von 3 Milliarden Euro. Die Gesamtverschuldung steigt damit auf 140 Milliarden Euro. Rot-Grün überschätzt die Steuereinnahmen in ihrer Finanzplanung und hat kein Konzept, um den Landeshaushalt endlich in den Griff zu bekommen. Von der Einhaltung der Schuldenbremse ist Rot-Grün meilenweit entfernt.

Schuldenbremse und weitere Investitionen zum Beispiel in die Infrastruktur sind aus meiner Sicht ...

... kein Widerspruch! Nur wenn wir es schaffen, die Ausgaben des Landes soweit wie möglich von konsumtiven in investive Maßnahmen umzuschichten, können wir höhere Reparaturkosten beispielsweise im sozialen Bereich und bei der Infrastruktur dauerhaft reduzieren. Gleichzeitig müssen wir die Erträge zur Einhaltung der Schuldenbremse erwirtschaften und NRW so zukunftsfähig gestalten.

... zwei Seiten einer Medaille. Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck, sie konkretisiert das Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir sollten unseren Kindern Zukunftschancen mit auf den Weg geben, keinen immer schwereren Schuldenrucksack. Nur über eine Konsolidierung des Landeshaushalts wird es möglich, dauerhaft finanzielle Spielräume für Investitionen zu eröffnen.

Zur finanziellen Stabilisierung benötigen die Kommunen ...

... vor allem dauerhafte Entlastungen bei Sozialkosten und Altschulden. Die bisherigen Hilfen, beispielsweise durch den Stärkungspakt oder die zu erwartenden bei den Eingliederungshilfen, sind notwendig, um die besonders belasteten Kommunen überhaupt in die Lage zu versetzen, durch eigene Einsparungen auch einen nachhaltigen Konsolidierungserfolg zu erzielen.

... eine verlässliche und ihren Aufgaben entsprechende Finanzausstattung. Mit der Übernahme der Grundsicherung und der Entlastung bei der Eingliederungshilfe leistet der Bund einen wichtigen Beitrag. Zudem benötigen die Kommunen ein nachhaltiges Hilfsprogramm, das das flächendeckende Problem der kommunalen Verschuldung angeht. 61 ausgewählten Kommunen eine völlig unzureichende Hilfe zu gewähren, hilft nicht weiter.

Die Einnahmen von Bund und Ländern sollten zukünftig ...

... so erhoben und verteilt werden, dass sie jeweils dem tatsächlichen Bedarf von Bund, Ländern und Kommunen entsprechen und gleiche Lebensverhältnisse ermöglichen. Bei einer reinen Verteilung nach Himmelsrichtung oder Steueraufkommen sind Über- oder Unterfinanzierungen unvermeidlich und „goldene Wasserhähne“ auf der einen und kaputte Infrastrukturen auf der anderen Seite die Folge.

... wieder als das angesehen werden, was sie sind: das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, mit dem sparsam umzugehen ist. Bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern muss die Balance zwischen Eigenstaatlichkeit der Länder und bundesstaatlicher Solidargemeinschaft auch in Zukunft gewahrt bleiben. Die Länder sollten sich nicht als Bittsteller gegenüber dem Bund darstellen.



Diesmal zum Haushalt 2015.



... einen weiteren Schritt zum Ziel. Obwohl wir im Ländervergleich sehr effizient sind, muss der Kurs durch konkrete Projekte ergänzt werden, wie z.B. durch Strukturreformen bei der Polizei, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb oder der Zusammenlegung von Institutionen wie bei den Oberfinanzdirektionen. Nicht hilfreich sind immer neue Ausgabewünsche der Opposition, gepaart mit dem Vorwurf, die Regierung würde nicht sparen.

... nichts Gutes: Anders als in anderen Ländern wächst der Schuldenberg in NRW weiter auf gigantische 143 Milliarden Euro an. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist daher auch nach Berechnungen des Finanzministers selbst für den spätestmöglichen Termin 2020 in Gefahr. Wer nach Jahren ökonomischer Bestbedingungen und immer neuer Einnahmerekorde bei Steuern so erfolglos ist, wird bei der Sanierung scheitern.

... keinen wirklichen Fortschritt. Er ist ziellos, planlos und kraftlos. Weder verbessert sich die Lage im Land, noch kann der Finanzminister einen vernünftigen Weg aufzeigen, wie er mit der Situation in NRW umgehen will. Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung, Schuldenbremse hin oder her. Sonst verlieren wir den Anschluss. Schüler und Studenten sind die Zukunft dieses Landes und Förderziel Nr. 1.

... zwei Seiten einer Medaille. Sie lassen sich nur durch einen Konsolidierungskurs mit klaren Prioritäten verwirklichen. NRW investiert zusätzlich z.B. in Betreuung und Bildung. Der Erhalt statt des ziellosen Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur muss im Vordergrund stehen und bedarf endlich einer sachgerechten Finanzbeteiligung des Bundes.

... kein Widerspruch. Die Abfolge muss stimmen: Je eher sich die öffentliche Hand aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten befreit, umso früher werden auch wieder Zukunftsinvestitionen möglich. Auch deshalb ist die derzeitige Mangelverwaltung mit pauschalen Haushaltssperren so bedenklich und konzeptlos. Rot-Grün steckt bis zum Hals im Schuldenumpf fest und kann daher nichts positiv gestalten.

... kein Widerspruch. Die Schuldenbremse muss in volkswirtschaftlicher, fiskalischer und gesamtgesellschaftlicher Hinsicht neu betrachtet werden. Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind dringend notwendig und überfällig! Wir müssen vermehrt auf schienengebundenen Verkehr setzen. Diesen gilt es zu stärken und fokussiert auszubauen. Dazu haben wir eine Enquete ins Leben gerufen.

... die Unterstützung, die sie durch Rot-Grün erhalten. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen, die deutliche Aufstockung des GFG, die Rückzahlungen bei den Einheitslasten oder die stärkere Beteiligung am U3-Ausbau sind wichtige Schritte zur Gesundung der kommunalen Haushalte. Dies ist eine klare Abkehr vom schwarz-gelben Kurs, der nichts anderes als ein Fiasko für die kommunale Selbstverwaltung war.

... vier Dinge: das eigene Verantwortungsbewusstsein für Einsparungen, die volle Konnexität aller Beauftragungen durch das Land, einen radikalen Abbau sinnloser Bürokratie und Überstandards sowie ein wirksames Einschreiten der Kommunalaufsicht, wenn einzelne Kommunen sündigen wie bei der Steag-Verstaatlichung. Vergabegesetz, Inklusion und Abundanzumlage sind ein rot-grüner Anschlag auf solide Kommunalfinanzen.

... eine genaue Analyse, warum die NRW-Kommunen im bundesweiten Vergleich immer weiter zurückfallen. Die Frage des menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen, die marode Verkehrsinfrastruktur und die solide Finanzausstattung von Schulen sind die wichtigsten Dinge, die wir angehen müssen. Die gilt es vernünftig zu finanzieren. Bund, Land und der Länderfinanzausgleich/Soli sind da gleichermaßen gefragt.

... fairer verteilt werden. Nicht länger die Himmelsrichtung, sondern Bedürftigkeit muss Maßgabe für die Verteilung von Geldern in einem solidarischen Länderfinanzausgleich werden. Die frei werdenden Solidarpaktmittel sollten in diesem Zusammenhang zur Tilgung von Altschulden verwendet werden.

... die Ausgaben decken. Wir müssen die Neuverschuldung stoppen und mit dem Schuldenabbau beginnen. Dabei gibt es kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem durch immer mehr Umverteilung und vermeintliche Wohltaten auf Pump. Diese Mentalität muss beendet werden. Das setzt ernsthafte Strukturreformen voraus, die sich dauerhaft positiv auswirken. Eine Aufweicheung der Schuldenbremse aber wäre Gift.

... anders aufgeteilt werden. Dabei kann es aber zu weiteren Aufgabenübernahmen im Bund kommen. Wir müssen vor allem im Bildungssektor ernsthaft über die Abschaffung des Kooperationsverbotes nachdenken. Weder der Bund noch das Land NRW kann sich hier leisten, die Weichenstellung NICHT auf Zukunft zu stellen.



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/6700	Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan, LR	Finanzausschuss	Anhörung 21./23.10.2014
16/6866	Stärkung des Regionalverbands Ruhr, LR	Vorschlag: Kommunalausschuss	1. Lesung 1.10.2014
16/6865	Vollzugsaufgaben Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelt, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 1.10.2014
16/6752	Änderung des Baukammergesetzes, LR	Vorschlag: Bauausschuss	1. Lesung 1.10.2014
16/6689	Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge, LR	Innenausschuss	Sachverständigengespräch 23.10.2014
16/6688	Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 21.10.2014
16/6637	Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung, LR	Kulturausschuss	Anhörung 30.10.2014
16/6502	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 24.10.2014
16/6500 16/6710	Feststellung des Haushaltsplans, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 23.10.2014
16/6636	Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, LR	Sozialausschuss	Anhörung 26.11.2014
16/6635	Tierseuchengesetz und Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/6634	Schutz personenbezogener Daten, LR	Innenausschuss	Sachverständigengespräch geplant
16/6224	Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern etc., LR	Familienausschuss	Sachverständigengespräch 27.11.2014
16/6223	Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/6194	Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, LR	Innenausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/6193	Gesetzes über das öffentliche Flaggen, LR	Innenausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/6192	Gesetz über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge, LR	Innenausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/6131	Ausführung des Baugesetzbuches, CDU	Bauausschuss	Anhörung 18.11.2014

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/6125	12. Änderung Abgeordnetengesetz (Mitarbeiterpauschale), SPD/CDU/GRÜNE/FDP	Hauptausschuss	in Beratung
16/6124	11. Änderung Abgeordnetengesetz (Nebentätigkeit), SPD/CDU/GRÜNE/FDP	Hauptausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/6095	Schwangerschaftskonfliktgesetz, LR	Familienausschuss	Ausschuss 30.10.2014
16/6092	Finanzielle Beteiligung der Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern, LR	Sozialausschuss	Anhörung 22.10.2014
16/6091	Änderung der Gemeindeordnung, LR	Kommunalausschuss	Anhörung 24.10.2014
16/6090	Kommunale Gemeinschaftsarbeit, LR	Kommunalausschuss	Anhörung 21.11.2014
16/6089	Änderung des Landesbeamten- bzw. Justizgesetzes, LR	Innenausschuss	Anhörung 4.11.2014
16/6088	Änderung des Rettungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	Anhörung 22.10.2014
16/5981	Gewährung von Beihilfen an Rechtsreferendare etc., LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/5745	Änderung des Abgeordnetengesetzes, PIRATEN	Hauptausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/5743	Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung 13.3.2015
16/5474	Partizipation auf Kommunalebene, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung 13.5.2015
16/5413	Vollzug der Freiheitsstrafe, Jugendstrafvollzugsgesetz, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss 29.10.2015
16/5412	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	Anhörung 27.8.2014
16/5038	Änderung des Polizeigesetzes, CDU	Innenausschuss	in Beratung
16/4819	Ausbau des Kinderschutzes, CDU/FDP/PIRATEN	Sozialausschuss	Ausschuss 29.10.2014
16/4824	Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020, CDU	Haushalts- und Finanzausschuss	in Beratung
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	Ausschuss 29.10.2014
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/3388	Demografiefeste, teilhaborientierte Infrastruktur, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 1.10.2014
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/6123	10. Änderung Abgeordnetengesetz (Versorgungswerk)	SPD/CDU/GRÜNE/FDP	1. Lesung 3.7.2014 2. Lesung 10.9.2014	angenommen
16/5774	Änderung des Archivgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 14.5.2014 2. Lesung 11.9.2014	angenommen
16/5747	Wissenschaftsgesetz NRW	PIRATEN	1. Lesung 15.5.2014 2. Lesung 11.9.2014	abgelehnt
16/5410	Hochschulzukunftsgesetz	Landesregierung	1. Lesung 10.4.2014 2. Lesung 11.9.2014	angenommen
16/4157	Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes	CDU	1. Lesung 17.10.2013 2. Lesung 12.9.2014	abgelehnt
16/4151	Körperschaftsrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	alle Fraktionen	1. Lesung 16.10.2013 2. Lesung 10.9.2014	angenommen

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtag.nrw.de ausführlichere Informationen.



„Schulen sind keine Elfenbeintürme“

Experten diskutieren Chancen der Digitalisierung für die Bildung

24. September 2014 – Um die Chancen der Digitalisierung für die Bildung ging es bei einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Anlass war ein Antrag der PIRATEN (Drs.16/4435). Die Fraktion fordert unter anderem eine bessere Ausstattung der Schulen mit Informations- und Kommunikationstechnologien – Breitbandanschlüsse, Internetzugang in allen Klassenzimmern, Modernisierung mobiler Endgeräte. Außerdem sollten im Unterricht auch Lernmittel unter freier Lizenz eingesetzt werden.

Der sichere Umgang mit digitalen Medien gewinne für die soziale und politische Teilhabe zunehmend an Bedeutung, heißt es im Antrag der PIRATEN. Das Potenzial dieser Medien für die Bildung werde jedoch noch nicht vollständig ausgeschöpft. Bei der Ausstattung der Schulen hinke Deutschland im internationalen Vergleich hinterher. Mit Investitionen in die Infrastruktur allein sei es jedoch nicht getan. Wichtig sei zudem, Lehrerschaft einerseits, Schülerinnen und Schüler andererseits zu motivieren, die neuen Technologien auch zu nutzen. Viele Lehrer verfügen nach Ansicht der PIRATEN nicht über die erforderlichen Kompetenzen, diese im Unterricht einsetzen zu können.

13 Sachverständige stellten ihre Positionen vor – und alle sahen Handlungsbedarf. Schule dürfe im digitalen Zeitalter kein Elfenbeinturm sein, sagte Prof. Dr. Angela Faber. Sie vertrat Städtetag, Städte- und Gemeindebund sowie Landkreistag NRW. Faber plädierte für einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien; dazu gehöre auch die Förderung der Kritikfähigkeit und Sensibilität im Umgang mit Datenschutz und Urheberrechten. Wichtig sei die Zusammenarbeit von Land und Kommunen. Die didaktischen Ziele müssten in den Lehrplänen verankert sein. Zum Einsatz von Lernmitteln unter freier Lizenz sei eine „klare Stellungnahme des Schulministeriums“ erforderlich.

Prof. Dr. Michael Kerres (Universität Duisburg-Essen) wies auf die Bedeutung der Lehrerfortbildung hin. Ebenso wichtig: „Schulen müssen sich klar darüber werden, wie sie in Zukunft mit Medien umgehen wollen.“ Lehrerfortbildung müsse deshalb in ein ganzheitliches Konzept der Schulentwicklung eingebettet werden. Wesentlich sei die Vernetzung und Koordination, ergänzte Wolfgang Vaupel (Medienberatung NRW): „Einzelideen müssen zusammenpassen, damit etwas Ganzes daraus wird.“

In Grundschulen und den Jahrgangsstufen 5 und 6 der weiterführenden Schulen müsse die Anwendung digitaler Medien gelehrt werden, sagte Mechthild Appelhoff von der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen. Dies sei die „Pflicht“. Es reiche jedoch nicht aus, Kinder nur an die Geräte heranzuführen. Deshalb sei

auch die „Kür“ wichtig: Analyse und Reflexion. Ähnlich argumentierte André Spang (Kaiserin-Augusta-Schule Köln). Schwerpunkte der schulischen Bildung sah der Pädagoge unter anderem in der Förderung sogenannter Kernkompetenzen wie Kommunikation und Kreativität.

FORTBILDUNG

Von einem Fortbildungsbedarf bei Lehrenden sprach Tobias Oppenhäuser (learn:line.nrw/LVR-Zentrum für Medien und Bildung). Entsprechende Strukturen im Land müssten genutzt und ausgebaut werden. Nach Angaben von Iris Witt (Landesverband der Volkshochschulen) sei das Angebot der Bildungseinrichtungen zur Nutzung digitaler Medien groß. „Kritische Ansätze“ zum Thema müssten aber weiterentwickelt werden. Sie schlug einen „Beirat digitale Bildung NRW“ vor.

Dr. Nils Weichert (Wikimedia Deutschland) machte sich stark für die Produktion freier Lernmittel. Für deren Einsatz sprach sich auch Axel Kühnlenz (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung) aus.

Amina Johannsen (LVR-Zentrum für Medien und Bildung) betonte den kommunalen Aspekt. Die Bedeutung des Themas müsse auch in den Schulämtern vor Ort ankommen. Kommunen müssten überzeugt werden. Das sei ein „zäher, aber lohnender Prozess“. Sie empfahl eine enge kommunal-staatliche Zusammenarbeit.

Der Einsatz digitaler Medien sei in Schulen noch immer die Ausnahme, berichtete Jana Kausch

(Initiative D21, Berlin). Oft hänge er von der Eigeninitiative der Lehrerinnen und Lehrer ab. Ihrer Ansicht nach sollte die fachübergreifende Nutzung digitaler Medien in Schulen selbstverständlich sein.

Friedhelm Rachner (Evangelisch Städtisches Gymnasium Gütersloh) berichtete aus der schulischen Praxis, warnte jedoch vor einem freien Zugang ins Internet. Seine Schülerinnen und Schüler hätten bewusst keinen Zugang zu sozialen Netzwerken und YouTube.

„Mediennutzung gehört von Anfang an dazu“, meinte Dr. Uli Marienfeld (Rheinisch-Bergischer Verein Christliche Schulen). Gleichwohl sollte Lehrenden und Lernenden auch klar sein, „wo wir Medien nicht nutzen“. *zab*

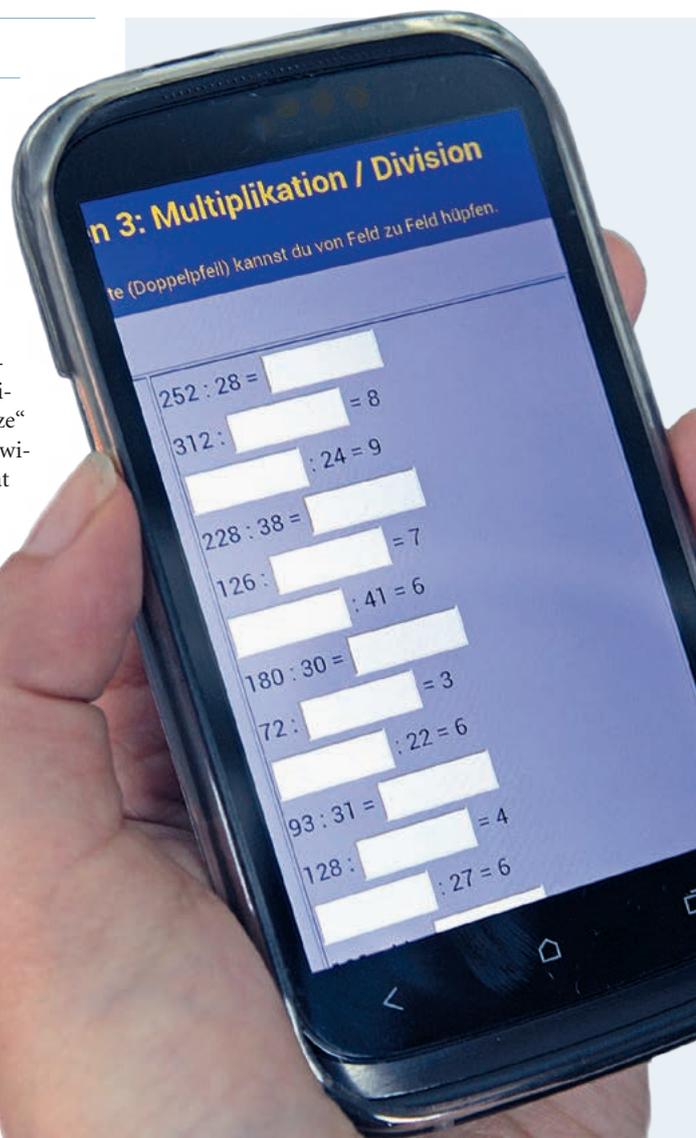


Foto: Schälte



+++Meldungen+++

Abgeordnetengesetz vor zweiter Lesung

(25.9.2014) – Das zehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes, das die Angabe der Nebentätigkeiten der Abgeordneten regeln soll, wurde im **Hauptausschuss** mit Blick auf die zweite Lesung beraten. Der Ausschuss sprach sich bei Enthaltung der PIRATEN einstimmig für einen Gesetzentwurf von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP ([Drs.16/6124](#)) aus, nach dem die Einkünfte der Abgeordneten in einem differenzierten Stufenmodell angegeben und veröffentlicht werden müssen. Zuvor hatte man mit gleicher Mehrheit drei Änderungen beschlossen. Der Gesetzentwurf der PIRATEN ([Drs.16/5745](#)) fand keine Mehrheit.

Eingruppierung bei Pflege

(24.9.2014) – Die Einstufung in die verschiedenen Stufen der Pflegeversicherung obliegt Gutachterinnen und Gutachtern der Medizinischen Dienste der Krankenversicherung. Auf Nachfrage der CDU informierte die Landesregierung den **Arbeits- und Sozialausschuss** des Landtags über diese Dienste; dabei hob sie hervor, dass diese unabhängig sein müssten ([Vorlage 16/2187](#)). So seien zwei neu eingestellte Geschäftsführer hauptamtlich bei Krankenkassen tätig gewesen, hätten diese Tätigkeit jedoch mit dem Wechsel eingestellt. In einem weiteren Punkt betonte das Gesundheitsministerium, bei den Medizinischen Diensten in NRW habe es nie eine Vorgabe oder Quote seitens der Kranken- und Pflegekassen hinsichtlich einer Begutachtung per Aktenlage gegeben. Erstbegutachtungen würden zudem fast ausschließlich im Rahmen eines Hausbesuchs durchgeführt. Außerdem gebe es auch keine internen Absprachen, jeden Antrag zunächst einmal abzulehnen.

Elektromobilität: Ausbau gefordert

(24.9.2014) – Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ist im **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** der Antrag „Elektromobilität ermöglichen“ der CDU-Fraktion ([Drs. 16/4827](#)) abgelehnt worden. CDU, FDP und PIRATEN hatten dafür gestimmt, Vertreter der Regierungsfaktionen sahen Nordrhein-Westfalen dagegen bereits jetzt auf einem guten Weg. Der Ausbau der Elektromobilität stelle ein langfristiges Projekt und kei-

ne Ad-hoc-Maßnahme dar, hieß es bei der SPD. Schon in der Vergangenheit seien Schwerpunkte gesetzt worden, das Land somit gut aufgestellt. Die GRÜNEN warnten davor, „planlos loszulaufen“. Der CDU reicht das Tempo bei der Förderung der neuen Technik nicht aus. Eine gemeinsame Positionierung aller Fraktionen sei aber offenbar nicht möglich. Die PIRATEN ergänzten, dass es nicht genug Initiativen gebe, die die Elektromobilität ankurbeln-



Illustration: Peter Flock

ten ([Drs.16/6676](#)). Auch nach Einschätzung der FDP gibt es noch großen Handlungsbedarf.

NRW kein Brennpunkt für Crystal Meth

(24.9.2014) – In NRW gebe es keinen örtlichen Brennpunkt beim Konsum der Droge „Crystal Meth“, so die Landesregierung auf Nachfrage der FDP im **Sozialausschuss** des Landtags ([Vorlage 16/2186](#)). Zudem lägen keine Erkenntnisse zu festen Handelsstrukturen vor. Und schließlich ließen die momentan bekannten Zahlen nicht auf eine größere Verbreitung dieser Droge in NRW schließen, so ein Bericht des zuständigen Innenministeriums. Es mochte allerdings nicht ausschließen, dass sich Crystal Meth zukünftig stärker verbreiten werde, daher wolle man die Entwicklung weiter aufmerksam verfolgen. Schließlich gebe es einen Trend hin zu aufputschenden und vorgeblich leistungssteigernden Mitteln. Die Aufklärung über die Risiken dieser und anderer „Partydrogen“ sei fester Bestandteil der Maßnahmen des Landes zur Sucht- und Drogenvorbeugung.

Neuer JVA-Standort gesucht

(24.9.2014) – Ein Neubau der Justizvollzugsanstalt Münster auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände in Münster-Handorf ist vom Tisch. Dies teilte Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) im **Rechtsausschuss** mit ([Vorlage 16/2224](#)). Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

sei zwar grundsätzlich zum Verkauf des Geländes bereit gewesen, sagte Kutschaty. Allerdings gehöre ein Teil der benötigten Fläche zum Standortübungsplatz Handorf-Ost und sei an die Bundeswehr vermietet worden. Um

eine standortnahe militärische Ausbildung auf dem Übungsplatz sicherzustellen, sei eine dauerhafte Abgabe der Teilfläche ausgeschlossen, habe die Bundeswehr am 4. September 2014 mitgeteilt. Ein Neubau der JVA Münster am bislang präferierten Standort sei nun nicht mehr möglich. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) setze die Analyse möglicher

JVA-Standorte in Münster fort. Mit einem neuen Vorschlag sei jedoch nicht vor dem ersten Quartal 2015 zu rechnen.

Diskussion ums Wahlalter

(29.9.2014) – Die **Verfassungskommission** des Landtags hat sich erneut mit einer Absenkung des aktiven Wahlalters von derzeit 18 auf 16 Jahre befasst. Anlass war eine Expertenanhörung vom 1. September 2014 ([Protokoll 16/7](#)). SPD, GRÜNE und PIRATEN warben für die Herabsetzung, CDU und FDP äußerten sich skeptisch. Aus Sicht der SPD hatten die Experten zugunsten einer Absenkung des Wahlalters argumentiert. Deshalb werbe man parteiübergreifend für die entsprechende Verfassungsänderung. Es spreche nichts dagegen, wenn auch die Gruppe der 16- bis 18-Jährigen wählen dürfe, hieß es aus Reihen der GRÜNEN. Ähnlich argumentierten die PIRATEN. Jugendliche müssten bereits heute wichtige Entscheidungen treffen, etwa über ihre Schullaufbahn. Deshalb sollten sie auch den Landtag mitwählen dürfen. Bei der CDU überwiege derzeit die Skepsis, sagte ein Sprecher. Es sei unklug, sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits endgültig festzulegen. Junge Leute seien erst mit 18 Jahren volljährig, und diese Festsetzung könne nicht ganz falsch gewesen sein. Bedenken kamen auch von der FDP. Man sehe derzeit keine Notwendigkeit, etwas am Wahlalter zu ändern.



High-Tech-Filter Bäume

Gartenbau für mehr Grün in den Städten – schwierige Geschäftslage

„In schwierigem Fahrwasser“ sei der Gartenbau, so die Vertreter der Fachverbände in einem Gespräch mit dem zuständigen Ausschuss des Landtags. Sie verwiesen auf den milden Winter, die deutschland- und europaweite Überproduktion in vielen Bereichen und den daraus resultierenden Preisdruck. Ein solches Gespräch findet regelmäßig am Rande der Landesgartenschauen statt. Diesmal in Zülpich.

Zülpich habe dabei mittlerweile rund eine halbe Million Besucherinnen und Besucher verzeichnet, so Bürgermeister Albert Bergmann bei der Begrüßung der Gäste aus Düsseldorf. Die rund 40 Millionen, die man seit 2008 insgesamt in Zülpich investiert habe, seien gut angelegtes Geld und hätten für die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort einen enormen Aufschwung bedeutet.

Für die Landesgartenschauen stünden seit Jahren feststehende Landesmittel von 5 Millionen Euro zur Verfügung, so Dr. Karl Schürmann (Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau). Er appellierte an die Abgeordneten, diesen Betrag angesichts des gestiegenen Aufwands aufzustocken.

Russischer Importstopp

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultierten auch aus dem russischen Importstopp für Obst und Gemüse, so Christoph Nagelschmitz (Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauer). Die besonders betroffenen Länder Polen, Belgien und Niederlande versuchten, ihre Waren verstärkt auf dem deutschen Markt abzusetzen. Dies bedeute Überangebot und Preisdruck. Allerdings versuchten die dortigen Regierungen, durch entsprechende Werbekampagnen auch den Inlandsmarkt anzukurbeln. Gleiches wünsche er sich auch für NRW, so Nagelschmitz.

Mehr Artenvielfalt

Die Zunahme der Artenvielfalt (Biodiversität) soll ein Baustein für die Neuausrichtung der Naturschutzpolitik sein. Diese Strategie der Landesregierung unterstütze der Gartenbau voll und ganz, betonte Nagelschmitz. Bei der Novellierung des Landschaftsgesetzes sei aber aus seiner Sicht darauf zu achten, dass ein auf Zusammenarbeit angelegtes Vertragsrecht den Vorrang erhalte vor Ordnungsrecht.

Risikoprüfung

Der Garten- und Landschaftsbau ist Witterungseinflüssen und Schädlingen ausgesetzt. Diese bedrohten Betriebe zum Teil in ihrer Existenz, erläuterte Helmut Rüsckamp (Landesverband Gartenbau Westfalen-Lippe). Daher plädierte er dafür, die Möglichkeit einer steuerlich wirksamen Rücklage zu schaffen. Dies hielt die Landesregierung wiederum für schwierig und trat stattdessen für Hilfen im konkreten Einzelfall ein.

Ladenöffnungszeiten

Deutlich profitiert habe der Gartenbau von der Wiederherstellung der alten Regelungen zur Öffnung an Oster- und Pfingstsonntag sowie der Freigabe des Sonntagsverkaufs mit fünf Stunden, bedankte sich Rüsckamp bei den Abgeordneten. Insbesondere in den Grenzgebieten habe man Marktanteile zurückgewinnen können.

Pflanzenschutzmittel

In der EU würden Genehmigungen für Pflanzenschutzmittel unterschiedlich gehandhabt, so Heinrich Hiep (Landesverband Gartenbau Rheinland). Dies führe zu Wettbewerbsverzerrungen. Dringend notwendig sei daher eine EU-weite Harmonisierung der Anwendungsgebiete und Anwendungsbestimmungen.

Blockheizkraftwerke

Die steuerlichen Verfahren bei der Nutzung von Blockheizkraftwerken bedeuteten existenzgefährdende Belastungen, kritisierte Hiep. Obwohl der Marktpreis für Wärme rund 0,02 Euro je Kilowattstunde betrage, lege das Bundesfinanzministerium für die Berechnung der Umweltsteuer für Unternehmen und Privatpersonen einen Preis von 0,09 bis 0,12 Euro

zugrunde – und damit das Sechsfache des Marktpreises. Dieses Problem könne allerdings nur in Berlin gelöst werden, so der Ausschuss des Landtags.

Zukunft Stadt und Grün

„Bäume sind High-Tech-Filter“, betonte Josef Mennigmann (Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau). Mehr Grün in den Städten könne daher zu einer Reduzierung der Belastung durch Feinstaub und CO₂ führen. Dies mildere die Folgen des Klimawandels, fördere die Gesundheit und steigere die Standortqualität. Des Weiteren könne eine verstärkte Dachbegrünung über die Rückhaltung der Wassermassen auch bei Starkregen-Ereignissen helfen. Mit Blick auf die jüngsten Stürme, aber auch die Verkehrssicherheit bemängelte Mennigmann, dass in den Kommunen aus Kostengründen häufig die notwendige Baumpflege unterbleibe. Er regte eine entsprechende Initiative des Landtagsausschusses an.

Weihnachtsbäume

Das Konzept der Landesregierung zur Erfassung von Weihnachtsbaumkulturen geht Mennigmann viel zu weit. So solle das geplante Kataster nicht nur die entsprechenden Kulturen im Wald, sondern auch in der freien Landschaft erfassen. Dieser Verwaltungsaufwand sei völlig überflüssig.

Gewächshäuser

Obwohl seit 2010 zugesagt, seien die vereinfachten Baugenehmigungsverfahren für Gewächshäuser über 5.000 m² noch nicht umgesetzt, beklagte Günter Bayer (Landesverband Gartenbau Rheinland). Das Umweltministerium sah hier keine Schwierigkeiten und sagte rasche Abhilfe zu.

cw



Fünfte Generation absolviert ihr Freiwilliges Jahr

Im September haben Isabel Elsner, Amelie Roßmaier und Martha Schuldzinski ihr Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben in der Grünen Landtagsfraktion begonnen. Sigrid Beer, Parlamentarische Geschäftsführerin, freut sich, nun sogar drei jungen Frauen diesen spannenden Einblick in die Politik bieten zu können: „Wir waren 2010 die erste Fraktion im Landtag NRW, die das Freiwillige Jahr im politischen Leben angeboten hat. Mittlerweile sind die engagierten jungen Leute bei uns nicht mehr wegzudenken.“ Inzwischen bieten immer mehr Fraktionen bundesweit das Jahr in der Politik an.

Isabel, Amelie und Martha werden verschiedene Tätigkeitsbereiche kennenlernen. Während Martha zurzeit zum Thema Rechtsextremismus recherchiert, hat sich Amelie aus Düsseldorf die

Schulpolitik vorgenommen. Isabel sammelt erste Erfahrungen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Aufgaben der Drei werden in den kommenden Monaten sehr vielfältig sein. Die Fraktion freut sich auf die Arbeit mit ihnen und heißt sie herzlich willkommen.

Alle, die sich für das Freiwillige Jahr in der Politik interessieren, können im Blog von Isabel, Amelie und Martha mitverfolgen, was sie erleben, was sie tun, was sie lernen: <http://gruene.fr/fsjblog>



FDP-Fraktion im Austausch mit dem Handwerk

Die FDP steht im regelmäßigen Austausch mit Gesprächspartnern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks Hans Peter Wollseifer (Foto, r.)

war auf Einladung von Christian Lindner (l.) jüngst zu Gast in der FDP-Landtagsfraktion. Ein Schwerpunkt des politischen Austauschs war die Zukunft der dualen Ausbildung. Das Handwerk

als Ausbilder der Nation bietet fast 400.000 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz. Besorgt zeigten sich die Gesprächsteilnehmer, dass noch viele Lehrstellen unbesetzt sind, bundesweit rechnet das Handwerk zum Jahresende mit 15.000 offenen Ausbildungsplätzen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner betonte, dass die allgemeine und die berufliche Bildung gleichberechtigt nebeneinander stünden. „Die oftmals einseitige Fixierung der Politik auf

Abiturientenzahlen oder Akademikerquoten geht an den Besonderheiten des erfolgreichen deutschen Bildungssystems mit seiner starken Säule der dualen Ausbildung vorbei.“ Hans Peter Wollseifer mahnte an, dass auch von der Politik mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung stärker in die Köpfe junger Menschen zu bringen. „Die Berufsorientierung ist in allen Schulformen noch nicht ausreichend entwickelt. Junge Menschen werden hier zu einseitig auf den Bildungspfad Abitur und Studium geschickt.“



Online-Einbruch bei NRW-Unternehmen – ignorieren statt handeln

NSA und GCHQ haben Internetanbieter in NRW gehackt. Die Zugriffsmöglichkeit der Geheimdienste auf die Netze von Telekom, NetCologne und Stellar PCS hatte der SPIEGEL Mitte September aufgedeckt. Damit ist das Szenario eingetreten, welches wir seit den ersten Enthüllungen von Edward Snowden vorhergesagt haben: Die Unternehmen in NRW sind nicht sicher vor der Überwachung durch ausländische Geheimdienste und Millionen Menschen sind davon betroffen. Wenn NSA & Co. selbst das Netz eines regionalen Internetanbieters wie NetCologne ausspionieren, dann kann man nicht mehr von einem sicheren Datenverkehr sprechen.

Am 18. September haben wir das Thema mit einer Aktuellen Viertelstunde im Innenausschuss auf die Agenda gesetzt. Aber nach

den Antworten von Innenminister Jäger bleibt der Eindruck zurück: Die Landesregierung ignoriert, anstatt zu handeln. Dabei brauchen wir dringende Taten, denn es handelt sich hierbei nicht um Einbrüche auf Server, die man mit einer Firewall stoppen könnte. Die Netze selbst sind infiltriert und dagegen hilft nur politischer Druck auf allen Ebenen. Das „technisch Machbare“ darf nicht die Maxime des Handelns der Geheimdienste im Netz bleiben.

In NRW fehlen zudem eine massive Aufklärungskampagne für Verschlüsselung im Internet und wirksame Kontrollen für die Beachtung von Sicherheitsvorgaben, auch auf kommunaler Ebene. All das fordern wir in diversen politischen Initiativen seit langem.



Frank Herrmann (PIRATEN)

Offen bleibt auch die Frage, warum die Landesregierung von den Eingriffen selbst erst aus der Presse erfahren hat, obwohl die Unternehmen schon wochenlang davon wussten. Werden Cyber-Kompetenzzentrum und NRW-Verfassungsschutz nicht als vertrauenswürdige Partner für NRW-Unternehmen wahrgenommen? Hier besteht Aufklärungsbedarf.

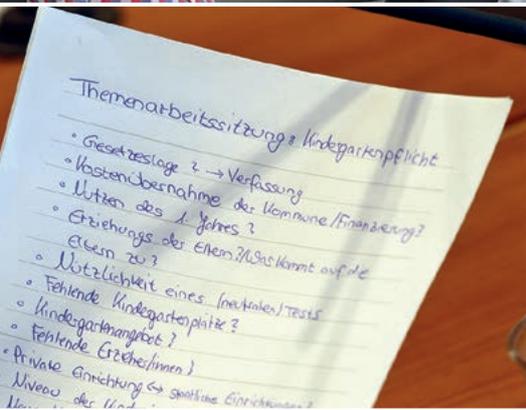
Aktuell ermittelt die Staatsanwaltschaft Köln in der Sache, noch gegen Unbekannt. Wir werden dem Thema im Landtag NRW weiter politisch Nachdruck verleihen.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



JUGEND-LANDTAG



Speed-Dating, Sport und viel Politik

6. Jugend-Landtag fordert Kennzeichnungspflicht für Polizisten

Mit dem Singen der Nationalhymne endete das Plenum des 6. Jugend-Landtags Nordrhein-Westfalen. Dies hatte am Anfang einer spannenden und emotionalen Plenardebatte eine der Jugendfraktionen als „Geschäftsordnungsantrag“ gefordert und eine Mehrheit dafür erhalten. Es war nicht der einzige Geschäftsordnungsantrag an diesem Morgen: Vielmehr gab es so viele, dass schließlich der „Geschäftsordnungsantrag“ auf Ende der Geschäftsordnungsanträge“ gestellt wurde – Zeichen einer lebhaften, aber durchaus konstruktiven Debatte. So konnte Landtagspräsidentin Carina Gödecke am Ende zusammenfassen: „Das war wieder ein interessanter und sehr spannender Jugend-Landtag.“

Wenn einmal im Jahr die 237 Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags ebenso vielen Jugendlichen Platz machen, ist eben manches, aber nicht alles so wie bei den „realen“ Abgeordneten. Schnell bekamen die 16 bis 20 Jahre alten Jugendlichen Einblick in die parlamentarische Arbeit und diskutierten mit Leidenschaft politische und gesellschaftli-

che Themen. Dabei haben sie sich gerade erst kennengelernt – beim „Speed-Dating-Abend“. Dieser führte zu Freundschaften und auch zu einer ebenso sachlichen wie vertrauensvollen Diskussionsatmosphäre in den zwei darauffolgenden Tagen.

Drei Beschlüsse wurden am Ende in der abschließenden Plenarsitzung gefasst: Ein „Eilantrag“ beschäftigte sich mit der Zunahme von an Diabetes-Typ-1 erkrankten Kindern und Jugendlichen und forderte spezifische Fortbildungen von betreuenden Personen. Das Jahr vor Schulantritt soll, so der zweite Beschluss des Jugend-Landtags, als „nicht-schulisches“ Vorbereitungsjahr im Kindergarten verpflichtend sein. Drittens forderten die Jugendlichen die verpflichtende Einführung einer landesweiten Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen – bestehend aus einer maximal sechsstelligen Buchstaben- und Zahlenkombination an der Dienstkleidung. Der genaue Wortlaut der Beschlüsse findet sich unter www.jugend-landtag.de im Netz. *Doro Dietsch*

Fotos: Schälte



Portrait: Rainer Bovermann (SPD)



Auf dem Schreibtisch von [Rainer Bovermann](#) prangt zwischen Notebook samt Maus und Mauspad in den Farben von Borussia Dortmund eine dunkelblaue Kapitänsmütze der Bundesmarine. Seit kurzem ist der 56-jährige Politiker aus Hattingen nicht nur SPD-Abgeordneter im Landtag, Vorsitzender des Hauptausschusses und der Verfassungskommission und zumindest einmal in der Woche Professor an der Ruhr-Uni Bochum, sondern auch Vorsitzender des Freundeskreises der Fregatte „Nordrhein-Westfalen“. Die wird zwar erst im nächsten Jahr getauft, deren künftige Besatzung hat ihm aber schon im Voraus die schicke Kopfbedeckung zukommen lassen. Dabei ist das Engagement für das neue Schiff für Bovermann nicht nur Seefahrerromantik von Landratten. Künftig werde die Fregatte den Namen des Landes auf allen Weltmeeren zeigen, sagt er, und, was ihm noch wichtiger ist, nach dem Wegfall der Wehrpflicht können durch solche Freundeskreise die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Bevölkerung ein bisschen gepflegt werden.

Oberster Marinefreund des Landtags ist Bovermann geworden, weil er den Hauptausschuss des Landtags leitet, ein Gremium, in dem vom Abgeordnetenrecht über die politische Bildung bis zu den Beziehungen des Landesparlaments zu Militär, Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen alles bearbeitet wird, was den anderen Fachausschüssen nicht zuzuordnen ist. Der Name Hauptausschuss kann dabei leicht irreführend sein, denn das Gremium ist nicht das Ersatzparlament, das die Aufgaben des Landtagsplenums übernimmt, wenn das Haus in einer Notsituation nicht zusammentreten kann. Das macht in Nordrhein-Westfalen der ständige Ausschuss, der sich aus den Mitgliedern des Ältestenrates zusammensetzt.

Hier ist auch der Berührungspunkt zur nächsten Aufgabe des Politikwissenschaftlers, der Arbeit in der Kommission, die die Verfassung des Landes überarbeiten und an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anpassen soll.

Schon oft musste Bovermann die Frage beantworten, warum NRW überhaupt eine Ver-

fassung braucht, schließlich gebe es doch das Grundgesetz, und das gelte in ganz Deutschland. Dem hält er entgegen, dass die Länder im Grunde genommen eigene Staaten seien und bereits vor der Gründung der Bundesrepublik bestanden. Nordrhein-Westfalen hatte in der Nachkriegszeit mit der Verabschiedung einer eigenen Verfassung gewartet, bis das Grundgesetz vorlag. Der 1950 verabschiedete Text regelt nicht nur die staatliche Organisation und das Zusammenwirken der Verfassungsorgane, er enthält das Recht auf Arbeit, trifft Aussagen zu Bildung und Erziehung und verpflichtet das Land sogar, das Kleingartenwesen zu schützen, eine Aufgabe, die in den Hungerjahren nach dem Krieg deutlich wichtiger war als heute.

Vier große Themenfelder hat sich die Verfassungskommission vorgenommen. Ende nächsten Jahres sollen die Reformvorschläge dem Landtag zugeleitet werden und dann in einen von möglichst vielen Abgeordneten getragenen Gesetzentwurf einmünden. Denn das übliche Gegenüber von Koalition und Opposition funktioniert in Verfassungsfragen nicht, zur Verabschiedung ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Im Einzelnen geht es um das Verhältnis zwischen Landtag und Landesregierung, um die Rollenverteilung zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen im Parlament, um die Beziehungen zu den Kommunen und die Stellung des Verfassungsgerichts in Münster. Interessanter auch für eine größere Öffentlichkeit wird es, wenn sich die Kommission mit der Frage beschäftigt, ob künftig schon 16-Jährige und Bürger aus anderen EU-Staaten den Landtag wählen dürfen, ob die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene zu hoch sind und wie die Schuldenbremse beim Landeshaushalt, zu der die Landesregierung nach dem Grundgesetz verpflichtet ist, im Einzelnen aussehen soll.

Trotz des zeitraubenden Engagements in Landtag, Wahlkreis und Partei hält Bovermann an seiner Lehrtätigkeit in Bochum fest, jeden Freitag am frühen Abend diskutiert er mit Politikstudierenden über Kommunalpolitik, Föderalismusprobleme und Parteienforschung. Als „Grenzgänger“ zwischen politischer Wissenschaft und praktischer Politik hat sich der Abgeordnetenprofessor einmal bezeichnet. Dabei macht er aus eigenem Erleben die Erfahrung, dass sich Politik nicht nach dem Lehrbuch gestalten lässt und dass andererseits längst nicht alles zutrifft, was die politische Wissenschaft verkündet. Selbst in der wenigen Freizeit lassen ihn Politik und Politikwissenschaft nicht los, dann greift er zu Fachlektüre, um zumindest auf diese Weise über den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion auf dem Laufenden zu sein.

Peter Jansen

Unglückliche Niederlage



Zwei unglückliche Tore besiegelten die Niederlage des FC Landtag NRW gegen das Team Medebach in Düsseldorf. Das 0-1: ein wuchtiger Volleyschuss, aus kurzer Entfernung abgefeuert, knallte als Abpraller ins Netz. Dem 0-2 kurz vor dem Abpfiff ging ein wahres Flipper-Hin-und-Her im Strafraum des FCL voraus, bis die Kugel sechs Meter vor dem Tor einem Medebacher Stürmer schussgerecht vor die Füße fiel.

Keine Chance, so schien es vor der Partie, würde der FCL gegen das junge Team Medebach haben. Insider, die die Kräfteverhältnisse taxierten, sagten eine 0-7-Niederlage voraus. Dazu kam es nicht. Der FCL bewies Charakter und wehrte sich, biss sich mit Jörg, Jürgen, Jens und Johannes in das Spiel hinein, inszenierte vor allem mit dem torgefährlichen Marc, aber auch mit Willi, Manfred, Lukas, JeanLuc und Koufi sehenswerte Kombinationen, zeigte sich in weiten Phasen der Begegnung als gleichwertig. Allein: Es fehlte das Tor, das dem Spiel vielleicht doch noch eine Wende gegeben hätte. Gleich zwei Mal rettete die Alu-Latte, einmal das Bein eines Abwehrspielers auf der Torlinie. Der Ausgleichs- oder auch der Anschlusstreffer hätten dem FCL NRW einen enormen Motivationsimpuls verschafft. Die Mannschaft ist bekannt dafür, dass sie in solchen Situationen in der Lage ist, nochmals alle Kräfte zu mobilisieren. Da das Tor nicht gelang, blieb es beim 0-2 – eine Niederlage, die dennoch Mut macht für die kommenden Aufgaben. *Hans Zinnkann*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Michael Zabka (zab, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (zab), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Nicolaus Kern (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Druckservice Duisburg
Medienfabrik GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Geburtstage

1. Oktober bis 4. November 2014

1.10. Markert, Hans Christian (GRÜNE)	46
9.10. Gatter, Stephan (SPD)	59
9.10. Schneckenburger, Daniela (GRÜNE)	54
11.10. Dr. Bovermann, Rainer (SPD)	57
12.10. Meesters, Norbert (SPD)	57
15.10. Lüders, Nadja (SPD)	44
22.10. Jung, Volker (CDU)	46
23.10. Schemmer, Bernhard (CDU)	64
25.10. Gödecke, Carina (SPD)	56
28.10. Bolte, Matthi (GRÜNE)	29
29.10. Jahl, Armin (SPD)	67
2.11. Zentis, Gudrun (GRÜNE)	61
3.11. Kramer, Hubertus (SPD)	55
3.11. Schwerd, Daniel (PIRATEN)	48
4.11. Eiskirch, Thomas (SPD)	44

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

8.10. Hemker, Reinhold (SPD)	70
11.10. Rosorius, Jürgen (CDU)	70
13.10. Degen, Manfred (SPD)	75
14.10. Mernizka, Loke (SPD)	75
16.10. Drecker, Roswitha (CDU)	75

Verstorbenen

23.7. Karl Weiß (SPD)	MdL 1966 – 1975
23.8. Erich Kröhan (SPD)	MdL 1966 – 1990
29.8. Hans Watzke (CDU)	MdL 1975 – 1990
16.9. Wilhelm Lieven (CDU)	MdL Mai 1980 – 2005
18.9. Elsbeth Rickers (CDU)	MdL 1969 – 1970, 1971 – 1985

Erbfreunde

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg. Er brachte Millionen von Menschen Leid und Tod. So auch im Kampf zwischen den beiden damaligen Erbfeinden Deutschland und Frankreich. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag seiner Verantwortung gerecht: Im Rahmen der Arbeit der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich lädt er für den 24. Oktober 2014 gemeinsam mit der Landesregierung vor allem Bürgermeister aus der Partnerregion Nord Pas-de-Calais ein, um sich für die Sicherung von Frieden und Freundschaft einzusetzen.

Landtagsandacht

Wie in jeder Plenarwoche haben Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, bzw. Dr. Antonius Hamers, seit 1. September 2014 Leiter des Katholischen Büros, vor Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag, 2. Oktober 2014, zum Parlamentsfrühstück und zur anschließenden Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Fiktion und Wahrheit

Was ist? Was war? Wie geht es weiter? Fragen, die in der politischen Debatte im Landtag häufig gestellt werden. Im Mittelpunkt dabei: die Frage nach der Wahrheit. Doch nunmehr war alles anders. Bewusst verwischten die Akteure die Spuren, ließen Zuhörerinnen und Zuhörer im Zweifel, ergingen sich in Andeutungen und vagen Stimmungsbeschreibungen: Europas größtes Krimifestival „Mord am Hellweg“ gastierte vor vollem Haus in der Bibliothek des Landtags. Orkun Ertener, Mechthild Borrmann und Ralf Kramp entführten die Gäste in eine Welt zwischen Fiktion und Wahrheit, in der manchmal das wirkliche Leben durchblitzte. Keine alltägliche, aber doch begeisterungsfähige Kost im Landtag. Die nächste Lesung (Philip Oprong Spenner) findet am 22. Oktober 2014 in der Bibliothek des Landtags statt.

Foto: Schälte

